Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 4

Artikel: Sozialistische Alternative statt Resignation
Autor: Müller-Hunter, Doris
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338669

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Pro und Kontra

Sozialistische Alternative statt Resignation

Wenn wir glauben, die Zeit des Kalten Krieges sei endgültig vorbei, so täuschen wir uns gewaltig. Auch in der Schweiz rollt, mit einiger Verspätung natürlich, die Welle der Verdächtigungen und Verketzerungen gegen Leute, die «links» stehen (was immer das auch heissen mag), in den Massenmedien, in den Schulen, Universitäten und neuerdings auch in der Sozialdemokratischen Partei. Unschweizerisches und Unsozialdemokratisches wird an den Pranger gestellt. Dies passiert sicher nicht zum erstenmal in unserer Parteigeschichte. Und es wird auch nicht das letztemal sein, dass sich Sozialdemokraten «von einer ultralinken Sturzwelle überrascht wähnen und dabei fürchten, den Boden unter den Füssen zu verlieren». Auch wenn der Fall des Ueli Kägi – glücklicherweise möchte ich sagen – doch nicht als Modell dienen kann.

So entnehme ich dem Protokoll des Parteitages der SPS vom 27. und 28. Juni 1970 in Biel den Bericht Meylan, der im Ton dem Artikel von Otto Lezzi ungemein gleicht und damals von den Delegierten aus der ganzen Schweiz eindeutig und scharf abgelehnt wurde. Gleichzeitig wurde der Verfasser des Berichtes, René Meylan aus Neuenburg, nicht in die Geschäftsleitung der SPS gewählt. Den für ihn vorgesehenen Sitz bekam Arthur Villard.

Nun scheint aber das Problem der «jungen neuen Linken» innerhalb und ausserhalb der Partei noch keineswegs gelöst, stellt doch Otto Lezzi in seinem Artikel die keineswegs nur rhetorische Frage: «Was tun wir mit den Linken (was immer das heissen soll), die unsere Partei in den Sektionen und in den Gremien durchsetzen?» Auf Anhieb würde ich vielleicht sagen, sie akzeptieren und ernst nehmen. Aber vielleicht hat Otto Lezzi – und nicht nur er allein – schlechte Erfahrungen mit dieser «neuen jungen Linken» gemacht? Und er spricht deshalb von «Durchsetzung». Vielleicht hat derjenige Teil der «jungen Linken», die sich bisher nicht entschliessen konnten und vielleicht nie entschliessen können, sich unserer Partei anzuschliessen, auch schlechte Erfahrungen mit unserer Partei gemacht. So etwa, weil sie sich leider immer noch allzuoft zu kompromissfreudig verhält (was ja gut schweizerisch sein soll). Unser Staat braucht aber dringend eine starke und konsequente Opposition, was mit «Negativismus» überhaupt nichts, mit sozialistischen Alternativen aber sehr viel zu tun hat.

Es ist doch ganz klar, dass Macht, wo und von wem immer sie ausgeübt wird, zu Missbrauch verleiten kann, wenn sie nicht kontrolliert wird. Und genau wie wir diese Rolle ausserparteilich auf den verschiedenen Ebenen der Gemeinden, Kantone usw. konsequent und zum Wohle der von uns vertretenen Wählerschaft ausüben sollten, sollte die «junge Linke» in der Partei als Teil und mit der ganzen Basis in stetem Dialog mit den Ver-

tretern der SP darüber wachen, dass die Grundsätze der sozialdemokratischen Politik, dem Selbstverständnis der Partei und den Anforderungen der Zeit entsprechend, konsequent vertreten werden. Dass ein solcher Dialog Spannungen beinhaltet, ist selbstverständlich; denn wenn alle nur immer das gleiche sagen, entsteht ja kein Dialog. Das darf aber nicht zu Besorgnis Anlass geben, wie Otto Lezzi meint, sondern soll uns im Gegenteil optimistisch stimmen. Denn ich kann mir leicht vorstellen, dass, wo Leben ist, auch Spannungsfelder sind und dass eine Partei, die keine internen Konflikte auszutragen hat, eine innerlich tote Partei ist.

Ich muss nun allerdings sagen, dass die Form, in der diese Konflikte ausgetragen werden, mich doch sehr befremdet. Wenn Richard Lienhard in Nummer 12 des «Profils» noch zwischen der ausserparteilichen und der innerparteilichen Linken differenziert, wirft Otto Lezzi die ganze «junge Linke» gleich in einen Topf und wirft Richard Lienhard vor, der «jungen Linken» Zugeständnisse zu machen, eben weil er sie ernst nimmt und von ihr sogar noch «wertvolle Impulse» erwartet.

Sehr demokratisch finde ich das nun auch nicht, heisst das doch ganz eindeutig, dass Otto Lezzi – und sehr wahrscheinlich nicht nur er –

1. den Linken innerhalb der Partei ihre Daseinsberechtigung abspricht, obwohl sie sich eindeutig zur Demokratie und zum Parlamentarismus bekannt haben; mit anderen Worten: sie sollen wieder dahin gehen, wo sie hergekommen sind, weil alsdann die Abgrenzung bedeutend leichter vorzunehmen ist;
2. dass er die Linken, die ausserhalb der Partei stehen, nicht zum Dialog auffordern will; «denn mit solchen Vertretern der Linken ist man rasch an den Grenzen der Diskussionsmöglichkeiten angelangt» (Richard Lienhard). Ich glaube, wenn wir jederzeit bereit sind, den Dialog mit den Vertretern des Bürgertums und des Establishments zu pflegen, so müssen wir auch bereit sein, ihn mit jener Jugend zu pflegen, die, aus welchen Gründen auch immer, revoltiert. Dies schon deshalb, weil sich unter der ausserparteilichen Linken wertvolle junge Leute befinden, die wir möglichst davor bewahren sollten, entweder im Bürgertum integriert zu werden oder in die Kriminalität abzurutschen. Wir werden dabei zwar einen Aufschrei des Bürgertums provozieren; aber das ist noch immer der beste Beweis für die Richtigkeit unseres Vorgehens. Wir sollten uns bei dieser Gelegenheit vielleicht auch einmal ernsthaft fragen, warum denn grosse Teile der ausserparteilichen Linken «alle parlamentarischen Institutionen» ablehnen. Verfallen wir denn nicht oft in den Fehler, die parlamentarischen Institutionen und unsere Mitarbeit darin als eine Art Dogma zu betrachten, über das nicht diskutiert werden darf? Ist es denn nicht so, dass unsere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger dem «Geschäft der Politik» je länger, je uninteressierter zusehen, dass wir oft über «Sachzwänge» ohne politische Alternativen abstimmen müssen und dass der Eindruck überhand-

nimmt, dass «in unserem demokratischen Staatswesen die hochwichtigen Entscheidungen eben nicht immer an der Urne gefällt werden»? Sind die Anzeichen der politischen Resignation nicht bei der Arbeiterschaft und bei den Jungen speziell stark vorhanden, und müssen wir nicht alles versuchen, diesen Teufelskreis zu unterbrechen, wobei mit Abgrenzungen überhaupt nichts erreicht wird? Wenn aber schon von Abgrenzungen gesprochen werden soll, möchte ich doch recht gerne auch einmal eine Diskussion über die Abgrenzung nach «rechts» innerhalb der Sozialdemokratischen Partei erleben.

Doch zurück zu den Impulsen, die Richard Lienhard von den innerparteilichen Linken erwartet. Otto Lezzi sagt von diesen Impulsen, sie seien entweder alte Hüte oder zu unrealistisch. Ich glaube: handelte es sich wirklich um alte Hüte, wäre die Aufregung darüber nicht so gross, wie sie offenbar herrscht. Und was den Vorwurf betrifft, die Impulse seien unrealistisch, möchte ich gleich Otto Lezzi selbst zitieren, sagt er doch in einem anderen Zusammenhang: «Jeder Versuch einer Definition – was realistisch und was unrealistisch ist – müsste sich leerlaufen, weil die Massstäbe, die da gesetzt werden, sehr subjektiv und problematisch sind.»

Doch kommen wir zum Schluss. Hier ruft Otto Lezzi folglerichtig zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in den eigenen Reihen auf und verlangt Konsequenzen wegen gelenkter Unterwanderung (von Moskau oder Peking?) der Sozialdemokratischen Partei. Welcher Art diese Konsequenzen sein sollen, sagt er nicht. Vielleicht ist in einer Fortsetzung mehr zu hören: konkrete Vorschläge darüber, was mit «linken» und «rechten» Abweichlern zu geschehen hat. Man darf gespannt sein!

Doris Müller-Hunter

Gedanken zum Beitrag: Ökokatastrophe im Sozialismus

Wie Dr. Franz Keller bin ich überzeugt, dass nur der Sozialismus eine menschenwürdige Lösung des Umweltproblems mit allen seine Konsequenzen bringen kann.

Dass aber der Sozialismus automatisch daraus hervorgeht, erscheint mir zu optimistisch, um nicht zu sagen trügerischer Glaube. Im Gegenteil wird es gewaltige Anstrengungen brauchen, die Menschheit zu überzeugen, dass er die Lösung ist.

Es wird nötig sein, dass die Vertreter des Sozialismus sich mit diesem Problem intensiv beschäftigen und sich Klarheit darüber verschaffen.

Ich muss sagen, dass man gerade in unseren Kreisen vielfach noch kaum erkannt hat, was uns in dieser Richtung bevorsteht. Darum offenbar auch die Ratlosigkeit.

Dies ist auch gar nicht verwunderlich. Noch bis vor Jahren schien es, als ob das Wachstum der Wirtschaft fast mühelos alle sozialen Probleme lösen würde. Die Sozialisten sahen ihre Aufgabe darin, für die gerechte